



Pressemitteilung
Berlin, 28. April 2026

DOSTA-Bericht 2025: 293 dokumentierte Vorfälle antiziganistischer Diskriminierung in Berlin – höchste je erfasste Fallzahl und besorgniserregende Entwicklungen

Die Dokumentationsstelle Antiziganismus (DOSTA/MIA Berlin) veröffentlicht heute im Rahmen einer Pressekonferenz ihren Jahresbericht für 2025. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr 293 Vorfälle antiziganistischer Diskriminierung in Berlin erfasst – die höchste je dokumentierte Fallzahl. Damit wird erneut das Niveau der bereits hohen Werte der Vorjahre übertroffen.

„Die konstant hohen und nun nochmals gestiegenen Fallzahlen zeigen, dass Antiziganismus ein strukturelles Problem bleibt. Gleichzeitig wissen wir, dass viele Betroffene Diskriminierung nicht melden – aus Angst vor Konsequenzen oder fehlendem Vertrauen in Institutionen“, sagt Projektleitung Violeta Balog.

Die meisten dokumentierten Vorfälle ereigneten sich in den Lebensbereichen Alltag und öffentlicher Raum (66 Fälle), Bildung (60 Fälle) sowie Kontakt zu Behörden (42 Fälle). Besonders im Bildungsbereich verzeichnet DOSTA/MIA Berlin einen Anstieg antiziganistischen Mobbing gegenüber Schüler:innen, die Rom:nja sind. Gleichzeitig fehlt es weiterhin an ausreichender Aufklärung über Antiziganismus sowie an unabhängigen Beschwerdestrukturen an Schulen. Ein wiederkehrendes Problem stellt zudem die fortgesetzte Nutzung rassistischer Fremdbezeichnungen dar, die in verschiedenen Lebensbereichen – auch im schulischen Kontext – zunehmend normalisiert wird und weiterhin Teil alltäglicher Diskriminierung ist.

Im Bereich des Kontakts zu Behörden dokumentiert die Meldestelle erneut Fälle, in denen Rom:nja oder als solche gelesene Menschen aufgrund rassistischer Praktiken der Zugang zu existenzsichernden Leistungen verwehrt wird.

Der Bericht zeigt zudem deutlich, dass sich der gesellschaftliche und politische Rechtsruck in den Fallmeldungen widerspiegelt. Antiziganistische Aussagen und Narrative finden zunehmend Eingang in öffentliche und politische Diskurse. So sorgte im vergangenen Jahr unter anderem ein antiziganistischer Kommentar eines CDU-Abgeordneten in sozialen Netzwerken für Aufmerksamkeit, in dem er nicht nur einen Begriff mit NS-Kontinuität verwendet, sondern diesen auch verteidigt und mit rassistischer, migrationsfeindlicher Rhetorik verknüpft.

„Wir beobachten mit großer Sorge, dass antiziganistische Positionen zunehmend öffentlich geäußert und normalisiert werden – auch von politischen Akteur:innen. Diese Entwicklung spiegelt sich direkt in den Diskriminierungserfahrungen der Betroffenen wider“, erklärt Balog weiter.



Darüber hinaus analysiert der Bericht die Rolle medialer Berichterstattung, etwa im Zusammenhang mit einem Hotel in Berlin Tempelhof-Schöneberg, sowie politische Debatten rund um angeblichen Sozialleistungsmissbrauch. Diese Narrative werden nicht nur von rechtspopulistischen Akteur:innen, sondern auch von Regierungsparteien aufgegriffen und für restriktive Maßnahmen instrumentalisiert.

Ein besonderer Fokus liegt in diesem Jahr zudem auf dem Thema Arbeitsausbeutung, von der insbesondere osteuropäische Arbeitskräfte aus der Minderheit betroffen sind. Diese werden häufig gleichzeitig als „Sozialleistungsbetrüger:innen“ oder „Armutsmigrant:innen“ diffamiert. Der Bericht gibt hierzu vertiefende Einblicke in Erscheinungsformen und strukturelle Hintergründe dieser Ausbeutungsverhältnisse.

DOSTA/MIA Berlin betont die zentrale Bedeutung von Antidiskriminierungsarbeit und Monitoringstellen, insbesondere in Zeiten zunehmender gesellschaftlicher Polarisierung. Der Bericht macht deutlich: Es braucht verstärkte Maßnahmen in Bildung, Verwaltung und Politik, um Antiziganismus wirksam entgegenzutreten und Betroffene nachhaltig zu schützen.

Kontakt: presse@amaroforo.de